Verschärfung des Asylrechts und Kriegsmaterialexporte

Todesstoss für Niklaus von der Flüh, Heinrich Pestalozzi, Henry Dunant, Pierre Cérésole und die neutrale und humanitäre Schweiz

Heinrich Frei

Seit zwanzig Jahren wurde in der Schweiz die Asylgesetzgebung laufend verschärft, sie wurde immer unmenschlicher. Mit den neuen Bestimmungen werden jetzt sogar Kriegsdienstverweigerer nicht mehr automatisch als Flüchtlinge anerkannt. Die neuen Bestimmungen, die schon in Kraft gesetzt wurden, könnten erst nach Annahme eines Referendums gegen die Revision des Asylgesetzes wieder abgeschafft werden.
Die Referendumsfrist endet am 17. Januar 2013.

Die notwendige Unterschriftenzahl von 50‘000 Unterschriften für das Referendum wurde bereits erreicht. Für die Schweizerische Volkspartei, die SVP, geht die neue Asylgesetzgebung, die jetzt in Kraft getreten ist, immer noch zu wenig weit. Deshalb hat diese Partei, die ihre üble Suppe mit der Fremdenfeindlichkeit kocht, neue Vorstösse zu einem noch restriktiveren Asylrecht in Aussicht gestellt.

Der Schriftsteller Lukas Bärfuss schrieb am 15. Juni 2012 im Zürcher Tagesanzeiger: *„Die Revision (des Asylrechtes) ist eine Schande für jeden Menschen in diesem Land, der einen Rest dessen in sich verspürt, was man früher Gewissen, Vorstellungskraft und Mitgefühl nannte.*"

Genfer UNO-Flüchtlingskonvention: Verfolgten, Kriegsdienstverweigern und Deserteuren muss Asyl gewährt werden

Gemäss der Genfer UNO-Flüchtlingskonvention muss die Schweiz auch in Zukunft alle Menschen aufnehmen, die in ihren Heimatländern schwere Verfolgungen riskieren, aus politischen oder religiösen Gründen. Dazu gehören auch Bürger, die sich weigern für irgendeinen Machthaber in den Krieg zu ziehen oder die aus einer Armee desertieren. - Als eine der letzten Demokratien hatte die Schweiz erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einen zivilen Ersatzdienst für Militärverweigerer eingeführt.

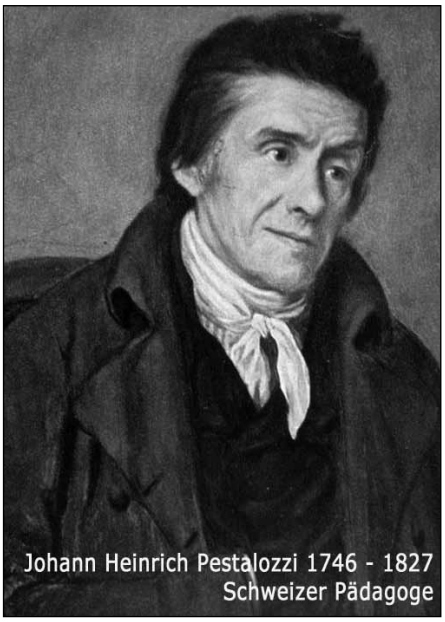
Vorher wurden Verweigerer zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Nur wenigen Flüchtlingen gelingt die Flucht in die Festung Europa

Europa schottet sich heute ab, wie vor und während dem Zweiten Weltkrieg die USA, die Schweiz und andere Staaten die damals viele politische Flüchtlinge, Zigeuner und Juden aus Hitler-Deutschland abgewiesen haben. In der wohlhabenden Europäischen Union wurden im Jahr 2011 302‘000 Anträge auf Asyl gestellt, laut Jahresbericht der EU-Kommission. Fast genauso so viele Menschen – insgesamt 343‘000 Personen wurden laut diesem Bericht an den Aussengrenzen der EU abgewehrt. In Kenia, einem Land, das sehr arm ist, leben heute allein im Lager Dadaab eine halbe Millionen Somalier, zum Teil seit zwanzig Jahren. Pakistan beherbergt zwei Millionen Flüchtlinge, der Iran rund eine Million. Derzeit befinden sich weltweit fast 44 Millionen Menschen auf der Flucht.

Kriegsmaterialexporte heizen Kriege an, Kriege schaffen Flüchtlinge

Ein Grund warum so viele Menschen flüchten sind Kriege, Kriege, die auch


Johann Heinrich Pestalozzi 1746 - 1827
Schweizer Pädagoge

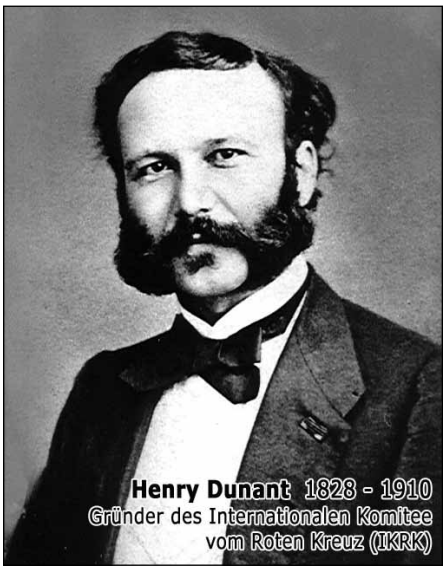
mit Schweizer Rüstungslieferungen angeheizt werden. Solche Exporte befürworten die bürgerlichen Parteien, auch die SVP, obwohl der grösste Teil dieser Kriegsmaterialexporte nach Gesetzen und Verordnungen unseres Landes verboten wären. – Von Asylbewerbern wird verlangt sich an Gesetze zu halten, aber um das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung foutieren sich die meisten Politiker, diese Bestimmungen kümmern sie nicht. Auch für die Medien ist die krasse Verletzung dieser Gesetze und Verordnungen kein Thema. - Ländern die Menschenrechte verletzen und Nato-Staaten, die immer wieder Kriege führen und Regimes, die foltern wie die Golfdiktaturen, Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, die Emirate dürften nicht mit Waffen aus der Schweiz beliefert werden.

SVP Politiker, christliche und freisinnige Politiker ignorieren den Rechtsstaat, wenn es um das Geschäft mit dem Krieg geht

Indem SVP Politiker, christliche und freisinnige Politiker Kriegsmaterialexporte an menschenrechtsverletzende Staaten befürworten, sogar an ständig Krieg führende Nato-Staaten, zeigen die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien, dass sie nicht viel halten von der Neutralität und vom Rechtsstaat. Laut der Verordnung über den Export von Kriegsmaterial ist es nämlich verboten an Staaten, die „in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind" oder welche „die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen" Kriegsmaterial zu liefern. Die Statistik der Kriegsmaterialexporte 2011 zeigte erneut, dass Nato-Staaten die im letzten Jahr in Afghanistan und in Libyen Krieg führten, aber auch Pakistan, Indien und Saudi-Arabien weiterhin von unserem Land mit Waffen beliefert wurden. Diesen Staaten wurden sogar Waffen von den subventionierten bundeseigenen Rüstungsbetrieben RUAG von ihren Todesfabriken in der Schweiz und im Ausland verkauft. „Der Bundesrat hat wiederum seine eigene Gesetzgebung missachtet, indem er den Begriff des bewaffneten Konfliktes nach Gutdünken interpretiert", wie 70 Rechtsgelehrte schon vor drei Jahren in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard festhielten: „Der Bundesrat hat den Begriff des bewaffneten Krieges umdefiniert, um in mehr Länder exportieren zu können", wie Prof. Marco Sassòli der Universität Genf und die anderen Rechtsgelehrten damals schrieben. - Im Zusammenhang mit dem Steuerkonflikt mit den USA will Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf den Rechtsstaat verteidigen.
Warum nicht im Falle der Kriegsmaterialexporte?

Geheim: Die Rüstungsexporte der subventionierten, bundeseigenen Rüstungsbetriebe RUAG der Ableger im Ausland

Von der Kriegsmaterialstatistik der Schweiz nicht erfasst werden Geschäfte des bundeseigenen, subventionierten Rüstungskonzerns RUAG, die vom Ausland aus getätigt werden. Diese Geschäfte sind geheim. Dieser Konzern, im Besitze des Schweizer Volkes, produziert auch im Ausland. Die mittlerweile international tätige RUAG besitzt Produktionsstätten in Deutschland (Oberpfaffenhofen, Hamburg, Berlin, Sulzbach-Rosenberg und Fürth), Schweden (Åmotfors, Linköping und Göteborg),


Henry Dunant 1828 - 1910
Gründer des Internationalen Komitee
vom Roten Kreuz (IKRK)

Pierre Cérésole 1879 – 1945
Ingenieur
Gründer des Service Civil International (SCI)

Ungarn (Sirok), Österreich (Wien und Berndorf) und in den Vereinigten Staaten (Los Angeles und Tampa). RUAG Verkaufsgesellschaften gibt es in weiteren Ländern, so in Belgien, Brasilien, Frankreich, England, Österreich, Malaysia. 48 Prozent des Umsatzes erzielte die RUAG auf dem zivilen Sektor und 52 Prozent auf dem militärischen.

Schweiz exportiert pro Einwohner weltweit am viertmeisten Kriegsmaterial

Gemäss dem Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichten Zahlen war die Schweiz im Jahr 2011 das Land welches nach Schweden, Israel und Russland weltweit am viertmeisten Kriegsmaterial pro Einwohner exportierte.

– Die Kriegsmaterialexporte und die Verschärfung des Asylrechtes sind ein Todesstoss für die neutrale und humanitäre Schweiz, für Niklaus von der Flüh, Heinrich Pestalozzi, Henry Dunant und Pierre Cérésole. -

Bilder: Wikipedia und SCI